

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 49. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 20.01.2020, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Bernhard Miesen

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

Stv. Vorsitzender

SPD

Michael Hüther

Peter Ippolito

Martin Krampf

Iris Springer

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klaus Wolf

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

OP

Markus Pott

in Vertretung für Michael Neuendorf

FDP

Uwe Bartels

DIE LINKE.LEV

Gisela Kronenberg

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	5
2	Niederschriften	5
3	Fahrradabstellanlagen an Leverkusener Schulen - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 27.02.19 - m. Stn. v. 19.12.19 - Nr.: 2019/2778	5
4	Attraktivierung des Nahversorgungszentrums an der Wupperstraße - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19 - m. Stn. v. 15.01.2020 - Nr.: 2019/3353	6
5	Einführung eines 20-Minuten-Takts auf der Bahnstrecke Köln-Mülheim - Opladen - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 12.12.19 - Nr.: 2019/3361	6
6	Leerstand in der City C - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.10.19 - Nr.: 2019/3226	7
7	Bedarfsgerechter Wohnraum	8
7.1	Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3359 - Nr.: 2020/3381	8
7.2	Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen - Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19 - Nr.: 2019/3359	8
7.3	Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 05.12.19 - Nr.: 2019/3358	8
7.4	Bezahlbar Wohnen in Leverkusen - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19 - Nr.: 2019/2743	8
7.5	Mehr bezahlbarer Wohnraum - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19 - m. Stn. v. 11.03.19 - m. Anfr. v. 12.09.19 u. Stn. v. 16.09.19 - Nr.: 2019/3139	8
8	Kontrolle von Pflanzgeboten aus Bebauungsplänen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.11.19 - Nr.: 2019/3348	11
9	Verbot von blinkender und blitzender Werbung - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 12.12.19 - m. Stn. v. 14.01.2020 - Nr.: 2019/3360	12
10	Koordinierungsstelle mit der WGL zur Begrünung von Dächern und Fassaden	12

10.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349 - Nr.: 2020/3394	12
10.2	Änderungsantrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 13.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349 - Nr.: 2020/3392	12
10.3	Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19 - Nr.: 2019/3349	12
11	Begrünung von Gebäudedächern im Zuge der Sanierung der Gesamtschule Elbestraße und der Turnhalle Deichtorstraße - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19 - m. Stn. v. 07.01.2020 - Nr.: 2019/3352	13
12	Information der Verwaltung zur Wartung von Laternenmasten - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19 - m. Stn. v. 09.01.2020 - Nr.: 2019/3350	13
13	Neufassung der Vergaberichtlinien - Nr.: 2019/3313	13
14	Sanierungs- und Instandhaltungskonzept Schultoiletten - Nr.: 2019/2881	14
15	Straßenbaubeiträge für die Hitdorfer Straße - Bürgerantrag vom 15.08.19 - m. Stn. v. 12.09.19 - m. Anfr. v. 23.08.19 u. Stn. v. 18.09.19 - m. erg. Schr. v. 14.10.19 und Stn. v. 30.10.19 - m. Stn. v. 12.12.19 - Nr.: 2019/3096	14
16	Vorhaben "Lager- und Logistikhallen Hitdorf-Ost/Wiesenstraße" - Aufhebung Aufstellungsbeschluss vom 10.09.2018 - erneuter Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens - Nr.: 2019/3290	15
	Bericht der Dezernentin	17
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 8/2019)	17

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Rh. Ippolito (SPD) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ippolito (SPD) erläutert zur Tagesordnung, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zum Tagesordnungspunkt 7.2, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19, Antrag Nr. 2019/3359, vorgelegt hat. Der Tagesordnungspunkt 11, „Begründung von Gebäudedächern im Zuge der Sanierung der Gesamtschule Elbestraße und der Turnhalle Deichtorstraße“, Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19, Antrag Nr. 2019/3352, wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Antragsteller den Antrag zurückgezogen hat.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 47. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 18.11.2019 sowie die Niederschrift über die 48. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 12.12.2019 zur Kenntnis.

3 Fahrradabstellanlagen an Leverkusener Schulen - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 27.02.19 - m. Stn. v. 19.12.19 - Nr.: 2019/2778

Rh. Pott (OP) lobt die gute und umfassende Analyse der Verwaltung zu den Fahrradabstellanlagen sowie die dargestellten geplanten sowie bereits umgesetzten Aufwertungen und Instandsetzungen der Fahrradabstellanlagen an Schulen im Stadtgebiet. Rh. Pott (OP) beantragt, die Umsetzung der im Bericht zum Prüfauftrag genannten Maßnahmen zu beschließen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Ergänzung

- einstimmig -

- 4 Attraktivierung des Nahversorgungszentrums an der Wupperstraße
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19
- m. Stn. v. 15.01.2020
- Nr.: 2019/3353

Rh. Schweiger erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Bartels (FDP) stellt dar, dass die Attraktivierung des Nahversorgungszentrums an der Wupperstraße entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung eine Aufgabe der WGL ist. Herr Bartels (FDP) erläutert, dass die Politik über den Aufsichtsrat der WGL auf eine mögliche Attraktivierung Einfluss nehmen kann; sollte die Schaffung von Baurecht erforderlich sein, würde dies dem Ausschuss wieder vorgelegt werden.

Dieser Auffassung schließt sich der Ausschuss mehrheitlich an. Rh. Ippolito (SPD) stellt daher den Antrag auf Nichtbefassung:

dafür: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)
Enth.: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 5 Einführung eines 20-Minuten-Takts auf der Bahnstrecke Köln-Mülheim - Opladen
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 12.12.19
- Nr.: 2019/3361

Rh. Pott (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass ein ähnlicher Prüfantrag bereits im Jahr 2016 gestellt wurde. Daraufhin hat der Nahverkehr Rheinland (NVR) erläutert, dass der Knotenpunkt Köln so überlastet ist, so dass eine engere Taktung nicht möglich ist. Frau Beigeordnete Deppe informiert, dass eine erneute Anfrage beim NVR keinen neuen Sachstand ergeben hat. Eine Taktverdichtung ist erst nach dem Ausbau des Knotenpunktes Köln möglich.

Herr Melchert (Dez. III) berichtet in diesem Zusammenhang über den Sachstand zur Verlängerung der S1 zwischen Solingen und Opladen, die der Rat im Juli 2018 beschlossen hat. Hier wurde inzwischen eine Machbarkeitsstudie beauftragt.

Der vorliegende Antrag wird im Ausschuss eingehend diskutiert. Rh. Ippolito (SPD) fasst danach die Äußerungen und Änderungsanträge der Ausschussmitglieder wie folgt zusammen:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Anträge an den NVR zu richten:

1. Grundsätzlich fordert die Stadt Leverkusen die Einführung eines 20-Minuten-Taktes des schienengebundenen Personennahverkehrs zwischen Köln Hbf. und Opladen.
2. Solange diese Taktung aufgrund des Knotenpunkts Köln nicht hergestellt werden kann, wird eine Kapazitätsausweitung, beispielsweise durch Doppelstockwagen, auf dieser Linie gefordert.
3. Das Zielkonzept für den schienengebundenen Nahverkehr ab dem Jahr 2030 soll auf sämtlichen Strecken eine 10-Minuten-Taktung vorsehen.

Die Verwaltung organisiert zudem einen Gesprächstermin mit dem NVR und der Politik, bei dem sämtliche Forderungen abgestimmt werden sollen. Hierbei wird dann auch die unregelmäßige Taktung bei der Anbindung von Wiesdorf in Richtung Köln und Düsseldorf angesprochen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

- einstimmig -

- 6 Leerstand in der City C
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.10.19
- Nr.: 2019/3226

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Pott (OP) stellt dar, dass Zwischennutzungen für karitative oder ehrenamtliche Initiativen (Sozialkaufhaus, Reparaturservice oder ähnliches) denkbar wären.

Rh. Schönberger (CDU) und Herr Hüther (SPD) äußern ihre Bedenken bezüglich der dann erforderlichen Vertragsabschlüsse, die endgültigen Nutzungen nicht entgegenstehen dürfen.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion im Ausschuss ändert Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Antrag in einen Prüfantrag um.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Ergänzung

- einstimmig -

- 7 Bedarfsgerechter Wohnraum
- 7.1 Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen
 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3359
 - Nr.: 2020/3381
- 7.2 Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19
 - Nr.: 2019/3359
- 7.3 Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke
 - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 05.12.19
 - Nr.: 2019/3358
- 7.4 Bezahlbar Wohnen in Leverkusen
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19
 - Nr.: 2019/2743
- 7.5 Mehr bezahlbarer Wohnraum
 - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19
 - m. Stn. v. 11.03.19
 - m. Anfr. v. 12.09.19 u. Stn. v. 16.09.19
 - Nr.: 2019/3139

Die Tagesordnungspunkte 7.1, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3359, Antrag Nr. 2020/3381, 7.2, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19, Antrag Nr. 2019/3359, 7.3, „Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke“, Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 05.12.19, Antrag Nr. 2019/3358, 7.4, „Bezahlbar Wohnen in Leverkusen“, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743 sowie 7.5, „Mehr bezahlbarer Wohnraum“, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19, Antrag Nr. 2019/3139 werden gemeinsam diskutiert.

Rh. Paul Hebbel (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion zu Tagesordnungspunkt 7.2, Antrag Nr. 2019/3359. Die Quartiere sollen so entwickelt werden, dass es den Menschen möglich ist, bei Altersgebrechlichkeit in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu verbleiben. Hierfür sind entsprechende Flächen mit dieser Zielsetzung zu entwickeln, so Rh. Paul Hebbel (CDU). Rh. Schönberger (CDU) ergänzt, dass dieser Wohnraum dann auch bezahlbar sein muss. Frau Biermann-Tannenberger (CDU) stellt dar, dass bei einer Flächenentwicklung für ältere Menschen dann auch die Akzeptanz in der Bevölkerung größer wäre, dass bestimmte Areale durch die Verwaltung zu Wohnbauzwecken entwickelt werden.

Frau Beigeordnete Deppe äußert ihr Verständnis für den Antrag. Sie stellt dar, dass das Planungsrecht leider keine Möglichkeit einräumt, auf Flächen nur altersgerechtes Wohnen zu entwickeln. Die Landesbauordnung regelt die Barrierefreiheit bei allen Neubauten. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die gesteigerte Nachfrage am Markt zudem für mehr altersgerechtes Wohnen sorgen wird. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass für städtischen Wohnraum im Bestand die WGL für eine altersgerechte Sanierung zuständig ist.

Frau Haase-Mülleneisen (Beirat für Menschen mit Behinderungen) fordert, dass auch die Wohnungen und Häuser von Bauträgern von Beginn an so entwickelt werden, dass sie für einen gesamten Lebenszyklus genutzt werden können.

Herr Bartels (FDP) und Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) machen darauf aufmerksam, dass es für entsprechende Umbauten KfW-Darlehn oder Zuschüsse der Kranken- und Rentenversicherungsträger gibt. Herr Hüther (SPD) stellt dar, dass zudem der Unterschied zwischen rollstuhlgerecht und barrierefrei zu beachten ist.

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag ihrer Gruppe zu Tagesordnungspunkt 7.3, Antrag Nr. 2019/3358.

Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass genossenschaftliche Bauvorhaben entstehen, wenn sich hierfür Menschen organisieren; die Verwaltung kann dies nicht beeinflussen. Frau Beigeordnete Deppe sagt jedoch eine Unterstützung der Verwaltung zu.

Es schließt sich im Ausschuss eine kontroverse Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 7.4, Antrag Nr. 2019/2743 sowie 7.5, Antrag Nr. 2019/3139 an. Rh. Schönberger (CDU) führt aus, dass die starre prozentuale Festlegung einer Quote für sozialen Wohnungsbau nicht zielführend ist. Rh. Paul Hebbel (CDU) fügt hinzu, dass eine 25% Quote, die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag Nr. 2019/2743 beantragt wird, bereits mit dem Wohnungsbauprogramm 2030+ beschlossen wurde.

Rh. Ippolito (SPD) lässt wie folgt über die einzelnen Tagesordnungspunkte abstimmen:

Der Tagesordnungspunkt 7.1, „Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen“, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3359, Antrag Nr. 2020/3381, wird durch den Antragsteller zurückgezogen.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.2, Barrierefreie und altengerechte Wohnungen in allen Stadtteilen, Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.19, Antrag Nr. 2019/3359 wird wie folgt geändert:

„Die Stadt Leverkusen leistet jegliche Unterstützung, um in allen Stadtteilen die notwendigen Voraussetzungen für den Bau von barrierefreien und altengerechten Wohnungen zu schaffen.“

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/3359:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (FDP)

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.3, „Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke“, Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV, Antrag Nr. 2019/3358 wird wie folgt geändert:

„Bei Wohnprojekten werden genossenschaftliche Bauprojekte durch die Verwaltung unterstützt.“

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/3358

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

- einstimmig -

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.4, „Bezahlbar Wohnen in Leverkusen“, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743 wird wie folgt geändert:

Bei Neubauvorhaben mit Planungsrecht wird eine verbindliche Mindestquote von 30 % für sozialen Wohnungsbau festgesetzt.

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/2743:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 9 (4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 7 (6 CDU, 1 FDP)

Zum Antrag zu Tagesordnungspunkt 7.5, „Mehr bezahlbarer Wohnraum“, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.19, Antrag Nr. 2019/3139 erläutert Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wie folgt:

Der Beschluss zum Beschlusspunkt 1. „Die verbindliche Mindestquote für den sozialen Wohnungsbau wird bei neuen Bauvorhaben auf 30% festgesetzt.“ hat sich durch die Änderung des Antrags „Bezahlbar Wohnen in Leverkusen, Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.19, Antrag Nr. 2019/2743“ erledigt.

Die Beschlusspunkte 2. „Künftig werden Grundstücke verstärkt in Erbpacht vergeben.“ sowie 3. „Künftig wird verstärkt das Instrument „Konzeptvergabe“ genutzt.“ haben sich durch den Beschluss des Wohnungsbauprogramms 2030+ erledigt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet daher um Abstimmung zum Beschlusspunkt 4. „Die WGL erhält bei alle neuen zu vergebenen Wohnbauflächen ein Vorkaufsrecht.“

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Ausschuss abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag 2019/3139:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 11 (2 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 5 (4 CDU, 1 FDP)

- 8 Kontrolle von Pflanzgeboten aus Bebauungsplänen
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.11.19
- Nr.: 2019/3348

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass die Verwaltung nicht proaktiv die Einhaltung der Bebauungsplanfestsetzungen kontrollieren kann, aber schon immer entsprechenden Hinweisen auf eine Nichteinhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplans nachgegangen ist. Parallel wird weiterhin – so Frau Beigeordnete Deppe – aktiv in der Bauberatung (z.B. durch Flyer) für naturnahe Gärten geworben.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück.

- 9 Verbot von blinkender und blitzender Werbung
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 12.12.19
- m. Stn. v. 14.01.2020
- Nr.: 2019/3360

Rh. Pott (OP) weist auf die neue Ausschreibung der Werbeanlagen durch die Verwaltung hin. Rh. Pott (OP) erläutert, dass hier über Vertragsgestaltungen die Möglichkeiten besteht, auf die Art der Werbung Einfluss zu nehmen.

Rh. Pott (OP) zieht schließlich den Antrag seiner Fraktion aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zurück.

- 10 Koordinierungsstelle mit der WGL zur Begrünung von Dächern und Fassaden
- 10.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349
- Nr.: 2020/3394
- 10.2 Änderungsantrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 13.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349
- Nr.: 2020/3392
- 10.3 Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19
- Nr.: 2019/3349

Die Tagesordnungspunkte 10.1, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349, Antrag Nr. 2020/3394, 10.2, Änderungsantrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 13.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349, Antrag Nr. 2020/3392 sowie 10.3, Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19, Antrag Nr. 2019/3349, werden gemeinsam diskutiert.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt den Änderungsantrag seiner Fraktion zu Tagesordnungspunkt 10.1, Nr. 2019/3394 um die Photovoltaikanlagen.

Der Änderungsantrag lautet damit wie folgt:

„Bei Neubau und Sanierung von Gebäuden der Stadt und der WGL wird grundsätzlich die Installation von Photovoltaikanlagen geprüft. Sollten diese nicht umgesetzt werden können, wird alternativ eine Dachbegrünung geprüft und wenn möglich umgesetzt.“

Auf Nachfrage von Rh. Paul Heibel (CDU) erläutert Frau Kümmel (65), dass bei Sanierungen städtischer Gebäude sowie bei Neubauten immer die Prüfung der Geeignetheit einer Photovoltaikanlage erfolgt und wenn möglich gemeinsam mit der EVL realisiert wird. Alternativ erfolgt immer eine Dachbegrünung, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Dies wird durch den Ausschuss allgemein begrüßt. Rh. Ippolito (SPD) schlägt vor, dass der Antrag zu TOP 10.1. mit der oben genannten Ergänzung solange vertagt wird, bis die Verwaltung bei der WGL ermittelt hat, wie diese mit ihren Gebäuden in Bezug auf Solarenergie bzw. Dachbegrünung verfährt.

- einstimmig -

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) zieht den Antrag ihrer Gruppe zu Tagesordnungspunkt 10.2, Änderungsantrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 13.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349, Antrag Nr. 2020/3392, zurück.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) zieht den Antrag zu Tagesordnungspunkt 10.3, Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19, Antrag Nr. 2019/3349, ebenfalls zurück.

- 11 Begrünung von Gebäudedächern im Zuge der Sanierung der Gesamtschule Elbestraße und der Turnhalle Deichtorstraße
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19
- m. Stn. v. 07.01.2020
- Nr.: 2019/3352

Der Antrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da der Antragsteller den Antrag bereits am 16.01.2020 zurückgezogen hat.

- 12 Information der Verwaltung zur Wartung von Laternenmasten
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19
- m. Stn. v. 09.01.2020
- Nr.: 2019/3350

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erklärt den Antrag seiner Fraktion aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt.

- 13 Neufassung der Vergaberichtlinien
- Nr.: 2019/3313

Herr Bartels (FDP) erkundigt sich nach der Rechtsgrundlage für die Anwendung einer Schutzklausel zur Abwehr von Einflüssen der Scientology-Organisation und deren Unternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen über Beratungs- und Schulungsleistungen. Frau Podolski (30) erläutert, dass dies aufgrund eines gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie und des Ministeriums des Innern vom 28. August 2018 in die Vergaberichtlinien aufgenommen

wurde. Die entsprechende Verpflichtungserklärung wird als Anlage zu dieser Niederschrift aufgenommen.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um eine Darstellung, wie häufig es durch Vergabebeschwerden zu Verzögerungen bei Auftragsvergaben kommt. Frau Beigeordnete Deppe sagt eine Beantwortung über z.d.A.: Rat zu.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 15 (6 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (SPD)

14 Sanierungs- und Instandhaltungskonzept Schultoiletten
- Nr.: 2019/2881

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fordert sinnvolle Konzepte der Schulen, um die Zerstörung von Schultoiletten zu verhindern.

Frau Haase-Mülleneisen (Beirat für Menschen mit Behinderungen) bittet die Verwaltung, bei der Sanierung der Schultoiletten auf die Barrierefreiheit zu achten.

Frau Beigeordnete Deppe sagt dies zu.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

15 Straßenbaubeiträge für die Hitdorfer Straße
- Bürgerantrag vom 15.08.19
- m. Stn. v. 12.09.19
- m. Anfr. v. 23.08.19 u. Stn. v. 18.09.19
- m. erg. Schr. v. 14.10.19 und Stn. v. 30.10.19
- m. Stn. v. 12.12.19
- Nr.: 2019/3096

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erklärt, dass der Bürgerantrag zurückgezogen wird und die Anfrage der Fraktion BÜRGERLISTE mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt ist.

Rh. Ippolito (SPD) bittet Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE), dass die Bürgerantragsteller über eine kurze schriftliche Mitteilung gegenüber der Verwaltung erklären, dass ihr Bürgerantrag zurückgezogen wird. Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) sagt dies zu.

- 16 Vorhaben "Lager- und Logistikhallen Hitdorf-Ost/Wiesenstraße"
- Aufhebung Aufstellungsbeschluss vom 10.09.2018
- erneuter Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens
- Nr.: 2019/3290

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) macht Ausführungen bezüglich der Frischluftschneise und fordert die Verhinderung einer weiteren Bebauung in diesem Gebiet. Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) stellt den Änderungsantrag, im Beschlusspunkt 2 das Wort „noch“ zu streichen, so dass der Beschlusspunkt dann lautet:

„Gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird dem Antrag des Vorhabenträgers LCM Immobilien GmbH & Co. KG (Anlage 2.1 der Vorlage) zur (erneuten) Einleitung des Satzungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich Hitdorf-Ost/Wiesenstraße nicht stattgegeben.“

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Änderungsantrag abstimmen:

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)
dagegen: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Antrag, die Beschlusspunkte 3, 4 und 5 zu streichen, da zurzeit nicht erkennbar sei, dass der Investor die Hallen überhaupt benötigt.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über Antrag der Streichung der Beschlusspunkte 3, 4 und 5 abstimmen:

dafür: 3 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 13 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt sodann den Antrag auf Einzelabstimmung über die Beschlusspunkte der Vorlage. Rh. Ippolito (SPD) lässt wie folgt abstimmen:

Beschluss:

1. Der vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 10.09.2018 gefasste Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan V 34/I „Gewerbefläche Hitdorf-Ost/Wiesenstraße“ (Vorlage Nr. 2018/2132) wird aufgehoben (Anlage 1 der Vorlage).

- einstimmig -

2. Gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird dem Antrag des Vorhabenträgers LCM Immobilien GmbH & Co. KG (Anlage 2.1 der Vorlage) zur (erneuten) Einleitung des Satzungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Bereich Hitdorf-Ost/Wiesenstraße noch nicht stattgegeben.

dafür: 15 (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

Enth.: 1 (FDP)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, vor Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens die Sicherstellung der wasserrechtlichen Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens mittels eines vom Vorhabenträger beauftragten Fachgutachtens zu prüfen.

dafür: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

4. Die Verwaltung wird beauftragt, vor Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens die Sicherstellung der vom Vorhabenträger nachzuweisenden abwassertechnischen Entsorgungen zu prüfen, einschließlich der hierzu erforderlichen abwägungsrelevanten Kosten.

dafür: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)

dagegen: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

5. Die Verwaltung wird beauftragt, vor Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens den Einfluss des Vorhabens auf die Belüftungssituation im Wirkungskreis des Plangebietes und die dort vorhandenen Luftleitbahnen mittels eines vom Vorhabenträger beauftragten Fachgutachtens zu prüfen.

dafür: 14 (6 CDU, 4 SPD, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

Bericht der Dezernentin

Frau Beigeordnete Deppe informiert den Ausschuss über den aktuellen Sachstand zum Wasserbus auf dem Rhein.

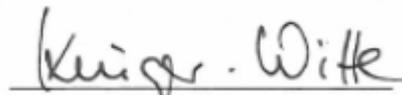
Die Stadt Köln betreut federführend die Ausschreibung der Machbarkeitsstudie zum geplanten Wasserbussystem. Am 09.12. 2019 fand der Submissionstermin statt. Hierbei sind insgesamt zehn Angebote, größtenteils von Bietergemeinschaften, eingegangen. Laut Aussage der Stadt Köln erfolgt zurzeit die Bewertung der Angebote. Die Auswertung soll bis Februar 2020 abgeschlossen sein, so dass dann die Beauftragung der Leistungen erfolgen kann. Die Machbarkeitsstudie nimmt mindestens ein Jahr in Anspruch.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 8/2019)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) schließt die Sitzung gegen 18:40 Uhr.


Rh. Ippolito
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Bauen und Planen


Stefanie Krüger-Witte
Schriftführerin